

Wolfgang Schroeder, *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960*, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1992, 452 S., geb., 75 DM.

Machen Männer die Geschichte oder Organisation, Ideen oder gesellschaftliche Prozesse? Eine einfache Frage, die gewiß keine einfache Antwort zuläßt. Warum hat es der Sozialkatholizismus nach 1945 nicht mehr geschafft, an seine große Vergangenheit anzuknüpfen? Haben seine Repräsentanten versagt oder die Verbände, waren die Programme schuld, oder liegt es am sozialen Wandel? Schroeder, der mit seiner Arbeit 1991 im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen promoviert worden ist, entschied sich für eine Untersuchung aus der Perspektive der Organisationen und ihrer Träger; der gesellschaftliche Wandel interessiert ihn nur am Rande. Wer ›Geschichte macht‹, ist damit weitgehend festgelegt, eine Darstellung ›von unten‹, die nach gesamtwirtschaftlichen Strukturverschiebungen, innerbetrieblichen Verhältnissen, Gestaltung der Berufsordnung und Entwicklung der Einkommen fragt und von hier aus die Chancen sozialkatholischer Programme und ihrer Konkurrenzangebote zu erfassen sucht, war nicht beabsichtigt. Schroeder liefert damit ein schönes Beispiel dafür, welche Leistungen mit ›good old history‹ erzielt werden können und wo ihre Grenzen liegen. Staubtrocken ist freilich der Text, in den viel Archivmaterial eingegangen ist und der darum wie keiner vor ihm die Interna der Konfliktparteien und ihrer Entscheidungsprozesse offenlegt. Das Schwergewicht liegt auf der katholischen Seite, der DGB liefert nur die Folie, vor der sich die Kämpfe abgespielt haben.

Diese Kämpfe wurden im katholischen Lager von vier höchst unterschiedlichen Organisationen getragen – den christlich-sozialen Funktionären im DGB, den Sozialausschüssen der CDU, der katholischen Arbeiterbewegung und der christlich-sozialen Kollegenschaft – und endeten nach Ansicht des Autors mit der Selbstzerstörung des Sozialkatholizismus Anfang der 1960er Jahre. Der 15jährige Konflikt, so die These, hatte das paradoxe Nebenergebnis, daß er den DGB zum Verzicht auf zählbeige Traditionen zwang und so der Einheitsgewerkschaft das Überleben unter den veränderten, d. h. moderner gewordenen gesellschaftlichen Bedingungen erlaubte. Ich halte diese These für die interessanteste, aber auch riskanteste des ganzen Buches. Sie ist eine Umkehrung der Agententheorie Theo Pirkers (der diese Arbeit mitbetreute und an den fraglichen Ereignissen zusammen mit Viktor Agartz mitgewirkt hatte, bis beide vom DGB entlassen wurden), daß nämlich die Attacken der Katholiken den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum verhängnisvoll eingeschränkt hätten. Sie ist interessant, weil sie die außerhalb der katholischen Literatur bisher praktisch nicht ernst genommene Ansicht aufnimmt, daß allen antiquierten Begriffen und Begleiterscheinungen zum Trotz die katholischen Gesellschaftsentwürfe nach 1945 (und nicht erst damals) das größte Zukunftspotential besessen hätten, ein größeres jedenfalls als die sozialistischen. Sie ist riskant, weil der Beweis dafür hier nicht wirklich erbracht wird, denn Gewerkschaftsgeschichte ist, wie bereits festgestellt, nicht viel mehr als die Folie. Dennoch spricht viel für die These Schroeders, die man, juristisch formuliert, vielleicht als ›Anfangsverdacht‹ bezeichnen könnte, dem weiter nachzugehen lohnend wäre. Dabei müßten dann auch die anderen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen aufgespürt und vergleichend herangezogen werden, wie sie im deutschen Exil einerseits, in der ordoliberalen Schule andererseits und, *horribile dictu*, drittens im Zeichen der »Volksgemeinschaft« entwickelt worden sind.

Die Masse der Schroederschen Darstellung liefert jedoch Material für die andere These vom, pointiert gesprochen, Pyrrhussieg des Sozialkatholizismus. Die 15 Jahre bis 1960 zerlegt der Autor in fünf Etappen, in denen der Konflikt zwischen Katholizismus und DGB sich bis zu dem Punkt steigerte, an dem die christlich-soziale Kollegenschaft den DGB verließ. Das Gegenstück zu diesem Vorgang, der das Ende kirchlich-konfessioneller Politikversuche im DGB bezeichnete, war die 1959 gegründete Arbeitsgemeinschaft christlich-

sozialer DGB-Gewerkschafter, die eine sehr viel tragfähigere Brücke zur CDU herstellte, als es die Sozialausschüsse mit ihrem »Primat der Parteipolitik« (S. 285) je vermocht hatten. Das Ende sozialkatholischer Wirkungsmacht kam jedoch nicht unerwartet. Schroeder betont zu Recht, daß die Anfänge ins Jahr 1945 zurückreichen, als der Sozialkatholizismus sich in einen Partei- und einen, und zwar vierfach geteilten, Gewerkschaftsflügel spaltete, die in der Folgezeit mehr miteinander im Streit lagen als an einem Strang zogen. Daß die Katholiken sich überhaupt Gehör verschaffen konnten, verdankten sie dem wachsenden Gewicht der CDU und einer Reihe markanter Persönlichkeiten wie Briefs, Nell-Breuning, Kaiser u. a.; sie werden am Ende des Buches ausführlich vorgestellt.

Schroeders Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Entideologisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung wie des Milieukatholizismus und damit der deutschen Nachkriegsgeschichte überhaupt. Es ist ebensowenig von »verhinderter Neuordnung« die Rede wie vom »Gewerkschaftsstaat Bundesrepublik«. Die Studie hebt sich damit wohltuend von den Aufgeregtheiten milieugebundener Arbeiten früherer Zeiten ab. Was fehlt, ist der Blick auf das soziale Fundament der geschilderten Vorgänge. Es hätte nicht gleich eine sozialgeschichtlich fundierte Darstellung der Konflikte und der sie tragenden Organisationen sein müssen; das wäre angesichts des Forschungsstandes über Schroeders Kräfte gegangen. Aber wenigstens eine Präsentation dessen, was die Kontrahenten über diejenigen wußten, in deren Namen sie stritten und handelten, wäre nützlich gewesen. Ohne Berücksichtigung der Erkenntnisse der zeitgenössischen Industrie- und Organisationssoziologie haftet den Aussagen Schroeders der Charakter einer »Kopfgeburt« an. Glaubt er wirklich, daß »Männer die Geschichte machen«?

*Christof Dipper, Darmstadt*

Michael G. M. Antoni, Sozialdemokratie und Grundgesetz, Bd. 1: Verfassungspolitische Vorstellungen der SPD von den Anfängen bis zur Konstituierung des Parlamentarischen Rates 1948, Arno Spitz Verlag, Berlin 1991, 437 S., kart., 78 DM.

Michael G. M. Antonis Arbeit über sozialdemokratische Verfassungsvorstellungen und -entwürfe von den Anfängen bis zur Konstituierung des Parlamentarischen Rates, der zwei weitere Bände über die Ausarbeitung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat und die sozialdemokratische Verfassungspolitik in der Bundesrepublik bis zum Abschluß der Deutschen Einigung folgen sollen, versteht sich als ein Beitrag zur gegenwärtigen Verfassungsdiskussion. Eine fundierte historische Studie über die deutsche Verfassungsentwicklung könnte durchaus helfen, das Gestrüpp von Argumenten, das in der gegenwärtigen Verfassungsdebatte wuchert, zu lichten. Leider handelt es sich bei der Arbeit Antonis um einen Schnellschuß, der völlig daneben ging.

Die Darstellung erschöpft sich im wesentlichen in einer oft langatmigen Beschreibung sozialdemokratischer Verfassungsvorstellungen und -entwürfe seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Bildung des Parlamentarischen Rates. Eine konkrete Fragestellung wird nicht sichtbar. Sobald der Autor die Ebene der bloßen Deskription verläßt, wird die Gedankenführung sprunghaft und ungenau, zudem unterlaufen ihm andauernd Schludrigkeitsfehler: Schoettele (S. 151, 434) statt Schoettle, Hessler (S. 193) statt Henßler. Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung fand nicht 1923 statt (S. 43), sondern 1926. Der Autor arbeitet nicht nur nachlässig, er hat auch Schwierigkeiten bei der Einordnung und Beurteilung der Verfassungsentwicklung und -entwürfe. Dies wird insbesondere bei seiner Darstellung und Beurteilung der föderalistischen Elemente in den Verfassungsentwürfen und Verfassungen deutlich, bei der Antoni nicht differenziert zwischen Finanzverfassung, Kompetenzen von Bund und Ländern und den legislativen Mitwirkungsrechten ihrer jeweiligen Vertretungs-